

Runder Tisch
Sitzung 13. November 2012
Protokoll

Vorstand Runder Tisch:

Frau Neckritz
Herr Diekmann
Herr Tielboer
Herr Zitterich

Stadt Leer Sanierungsmanagement:

Herr Schoch
Herr Möse
Herr Stegmann
Herr Lüning
Herr Tautz
Frau Bruns
Frau Strack

Politik / Beiräte:

Frau Stammwitz, SPD
Herr Begemann, SPD
Frau Nimmrich, CDU
Frau Warners, CDU
Frau Kühmann, Grüne
Herr Dawid, Grüne
Herr Runden, AWG
Herr B. Harms

Frau Spier, Behindertenbeirat

Tagesordnung

1. Begrüßung
2. Beschluss der Tagesordnung
3. Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung
4. Aktuelles
5. Sachstandsbericht Osseweg
6. Vorstellung der und Votum zur Planung Christine-Charlotten-Str.
7. Abarbeiten Prioritätenliste Straßenbaumaßnahmen
8. Aufgaben der Baumkommission
9. Entwicklung des Groß-Carrées
10. Bericht aus dem Sozialausschuss
11. Bürgeranfragen
12. Verschiedenes
13. Termine

1. Begrüßung und Beschluss der Tagesordnung

Herr Diekmann eröffnet die Sitzung um 18.35 Uhr und begrüßt die Anwesenden.

2. Beschluss der Tagesordnung

Herr Diekmann schlägt vor, den TOP 8 vorzuziehen und als TOP 5 zu behandeln, die TOPs 5-7 verschieben sich entsprechend.

Die Versammlung ist hiermit einverstanden

3. Protokoll der letzten Sitzung

Herr Mannott weist darauf hin, dass im Protokoll der letzten Sitzung unter TOP 10 im Hinblick auf zu ersetzende Bäume die Annenstraße genannt wird – es handelt sich jedoch um die Bäume in der Großstraße.

(Dies wird von Herrn Stegmann bestätigt).

4. Aktuelles

Herr Diekmann berichtet, dass in der letzten Sitzung der Sanierungskommission am 18. September über die Maßnahmen „Gehweg Muchallstraße“ und „Wohnumfeldverbesserung Unter den Eichen“ positiv entschieden worden sei.

5. Aufgaben der Baumkommission

Herr Lüning, Fachdienstleiter Klimaschutz, Energie und Umwelt und damit zuständig für den Baumschutz, erläutert einleitend, dass die Baumkommission vom Rat der Stadt Leer eingesetzt wurde; sie hat 3 Mitglieder aus den Reihen der Politik – SPD, CDU/FDP, Grüne – sowie ein beratendes Mitglied (Frau von Cölln).

Aufgabe der Baumkommission ist es, in strittigen Fällen eine Empfehlung auszusprechen.

Grundlage für das Handeln im Hinblick auf den Baumschutz ist die Baumschutzsatzung, die 1995 in Kraft getreten ist. Da nicht jeder Fall in dieser Satzung geregelt werden kann, wurde die Baumkommission eingerichtet.

Herr Lüning weist darauf hin, dass die Baumkommission Empfehlungen abgibt – die Entscheidungen werden in den politischen Gremien gefällt.

Herr Sabath weist darauf hin, dass seines Erachtens die Bäume in der Großstraße nur „von Ferne“ begutachtet worden seien, er regt an, die Bäume aus der Nähe zu betrachten und auch Gespräche mit den Anliegern zu führen.

Weiterhin sei der Eindruck entstanden, die Baumkommission habe die „Macht“, Entscheidungen zu fällen, ob Bäume gefällt werden.

Herr Diekmann bittet die Mitglieder der Baumkommission um eine Stellungnahme.

Frau Kühmann (Grüne) weist darauf hin, dass die Großstraße noch in anderer Besetzung der Kommission beurteilt worden sei; von der jetzigen Kommission werde jeder Baum aus der Nähe begutachtet. Frau Kühmann betont den empfehlenden Charakter der Baumkommission.

Frau Warners (CDU / FDP) ergänzt, dass die Empfehlung der Baumkommission jeweils in den Fraktionen diskutiert werde.

Zur Frage nach der Fachkompetenz der Mitglieder erläutert Frau Warners, dass es ein beratendes Mitglied in der Baumkommission gebe, das entsprechend fachkompetent sei und auch in den Fraktionen gebe es jeweils fachkompetente beratende Mitglieder; auch die Position des Fachamtes der Verwaltung beruhe auf einer fachlichen Beurteilung.

Auf die Frage nach der Berücksichtigung von Bürgerwünschen erläutert Frau Kühmann, dass z.B. die Frage, ob Hauswände beschädigt oder Fußwege hochgedrückt werden, bei der Beurteilung eine Rolle spiele.

Weiterhin erläutert Frau Kühmann, dass auch die Position des Runden Tisches in die Abwägung der Baumkommission einfließe: Im Fall der Christine-Charlotten-Straße habe ein Gutachten von einem Planungsbüro vorgelegen sowie das Votum des Runden Tisches - beides sei in die Diskussion der Kommission eingeflossen. Die Kommission habe aber weitergehend auch Fragen des Klimaschutzes bzw. Stadtklimas insgesamt zu berücksichtigen und daher an die Verwaltung appelliert, eine Lösung zu suchen, die den Erhalt der Bäume ermögliche.

Herr Poppe fragt, warum die Anwohner nicht informiert werden, wann die Baumkommission ihre Begehung durchführt, um ggf. auf Schäden hinzuweisen, die von aussen nicht sichtbar sind.

Herr Schoch erläutert, dass Fachmeinungen nicht immer deckungsgleich seien und verschiedene Gutachter auch zu verschiedenen Ergebnissen kommen können. Aus den Einschätzungen der Gutachter, dem Ergebnis der Anliegerbeteiligung, dem Votum des Runden Tisches, der Meinung der Verwaltung, der Empfehlung der Baumkommission ... müsse dann die Politik ihre Meinung bilden.

Über die Anliegerbeteiligung und den Runden Tisch seien auch die Anlieger eingebunden und könnten ihre Sicht darlegen.

Herr Sabath stellt dar, dass der Eindruck entstanden sei, es werde mit zweierlei Maß gemessen:

In der Christine-Charlotten-Str. müssten die Bäume stehen bleiben, obwohl sie Schäden an den Häusern verursachen, bei der Sparkasse seien gleich mehrere Bäume für den Neubau gefällt worden.

Frau Kühmann weist darauf hin, dass jede Empfehlung der Baumkommission Kritik hervorrufe – egal ob sie sich für das Belassen oder das Entfernen von Bäumen ausspreche.

Frau Stammwitz ergänzt, dass sich die Anlieger ja auch nicht immer einig seien – einige wollten die Bäume behalten, andere sprächen sich dafür aus, sie zu fällen. Die Politik versuche eine Lösung zu finden, die möglichst alle zufrieden stelle.

Herr Diekmann betont, es sei wichtig sich den empfehlenden Charakter der Baumkommission klar zu machen – Entscheidungen werden in den Ratsgremien gefällt.

Herr Zitterich appelliert, die Diskussion zu beenden und abzuwarten, ob die Diskussion vom Vortag (Anliegerbeteiligung) Konsequenzen habe.

6. Sachstandsbericht Osseweg

Herr Stegmann stellt die Fertigstellung noch im November in Aussicht.

Aus der Runde wurde nach den Ausführungen von Herrn Stegmann folgende Punkte angesprochen:

- Es wird kritisiert, dass die Anwohner die Gehwege befahren und damit schädigen
- Weiterhin würden derzeit – teilweise Einbahnstraßenregelung – Fahrzeuge auch gegen die Einbahnstraße fahren
- Es wird gefragt, warum die Gehwege so breit sind und keine Kennzeichnung „Gehweg“ / „Radweg“ vorhanden sei - Herr Stegmann erläutert, dass aufgrund der Förderung mit GVFG-Mitteln der „Anspruch“ an einen Gehweg mit 1,8 m Breite sowie einen Abstandstreifen von 0,5 m zwischen Gehweg und Fahrbahn besteht, der eingehalten werden muss.
- Herr Stegmann bestätigt, dass 2 Lkw aneinander vorbei fahren können.
- Herr Stegmann erläutert weiterhin, dass es Ziel sei, schnellstmöglich die Asphaltierungsarbeiten durchzuführen und daher ggf. andere Arbeiten zunächst liegen bleiben würden
- Er stellt dar, dass die Schachtabdeckungen sich mit der Straßendecke bewegen, so dass sie bei einem Versacken der Fahrbahn nicht „hochstehen“
- Herr Tautz stellt auf Rückfrage klar, dass alle Eigentümer im Sanierungsgebiet Ausgleichsbeträge zahlen müssen.

7. Vorstellung der und Votum zur Planung Christine-Charlotten-Str

Herr Schoch berichtet, dass am Vortag die Planungen in der Anliegerversammlung vorgestellt wurden.

Der Vorschlag für die Gestaltung der Fahrbahn – wie in der Großstraße – sei unstrittig gewesen, massive Kritik seitens der Anlieger habe es an der Planung gegeben, die Nebenanlagen nicht auszubauen, um den Baumschutz zu gewährleisten.

Die Anliegerversammlung habe weiterhin das Ergebnis gebracht, dass die Zahl der erforderlichen Stellplätze aus Sicht der Anlieger geringer sei, als in der Planung vorgeschlagen.

Weiterhin habe sich aktuell gezeigt, dass 5 Bäume von Pilz befallen seien und aus diesem Grund gefällt werden könnten.

Ausgehend von diesem veränderten Sachstand werde die Verwaltung die Planung überarbeiten mit dem Ziel:

- weniger Stellplätze anzubieten
- ggf. mehr Bäume wegzunehmen (und im Gegenzug auch mehr Bäume neu anzupflanzen) und
- den Ausbau der Nebenanlagen (wenn auch ggf. in Teilstücken im Sinne eines pragmatischen Kompromisses) zu ermöglichen

Herr Schoch stellt in Aussicht, dass ein solcher Vorschlag bis zur Sitzung der Sanierungskommission am 20.11. erstellt werde.

Herr Zitterich appelliert, die Diskussion nicht erneut zu führen und äußert sich erfreut, dass die Verwaltung die Anregungen der Anlieger ernst nehme; das Ziel der Barrierefreiheit sei wichtig in diesem Teilbereich.

Herr Schoch stellt dar, dass es einen Zielkonflikt gebe und die Verwaltung sich bemühen werde, einen Kompromiss zu finden.

Herr Poppe bedankt sich, dass das Veto der Anlieger nicht ins Leere gegangen sei.

8. Abarbeiten Prioritätenliste Straßenbaumaßnahmen

Herr Tautz ruft die vom Runden Tisch beschlossene Prioritätenliste in Erinnerung; es wurden 3 Prioritäten gebildet, Wunsch war, die Maßnahmen aller drei Prioritäten auch umzusetzen. Dies ist – wie bereits früher erläutert – nur möglich, wenn die Fördermittel auch in entsprechendem Umfang bereitgestellt werden.

Die Maßnahmen der Priorität 1 werden derzeit realisiert: Die Christine-Charlotten-Str. und Unter den Eichen sind für 2013 vorgesehen, die Ulrichstraße mit der Planung, ggf. auch dem Beginn der Baumaßnahme ebenfalls für 2013. Weitere Maßnahmen in Priorität 1 sind dann noch die Johannstraße sowie die Wiardastraße.

In den vergangenen Jahren war die Kapazität der Verwaltung sehr begrenzt; inzwischen gibt es einen neuen Mitarbeiter, so dass die Maßnahmenumsetzung zügig erfolgen kann, sofern die Fördermittel bereitstehen.

Im Rahmen eines Termines im Ministerium in der Vorwoche sei die Stadt ermutigt worden, weitere Fördermittel zu beantragen; dies wird das Ziel sein, um möglichst auch noch Straßen aus Priorität 2 erneuern zu können.

Herr Ochernal bittet um Zusage der Verwaltung, dass die Ulrichstraße bis 2015 hergestellt wird.

Herr Tautz erläutert, dass eine solche Zusage nicht möglich ist, da die Umsetzung auch von der Fördermittel-Bewilligung von Land und Bund abhängig ist sowie von den politischen Beschlüssen über die Durchführung der Maßnahme. Die Planung werde jedoch beauftragt und es sei erklärtes Ziel, die Maßnahme durchzuführen, sofern die Mittel zur Verfügung stehen.

9. Entwicklung des Groß-Carrées

Herr Zitterich stellt einfürend dar, dass die Erläuterungen nicht auf seinen Wunsch hin erfolgen.

Er stellt zunächst in einer Rückblende die Entwicklungen im Groß-Carrée seit 2009 dar.

Er fasst zusammen, dass es nicht möglich gewesen sei, konkrete Informationen über die Planungen zu erhalten; Anfragen des Vorstandes des Runden Tisches beim Klinikum seien erfolglos geblieben.

Anfang 2011 sei dann über den Aufsichtsrat des Bauvereins Kontakt hergestellt worden und – nach einem Auftaktgespräch mit Beteiligung von Herrn Diekmann – in der Folge weitere Gespräche zwischen ihm und Herrn Glienke geführt worden.

Diese Gespräche hätten gezeigt, dass im Groß-Carrée keine Klinikums-Einrichtungen, sondern ergänzende Angebote geplant seien, was auch im Sinne der Anlieger sei.

Im Zusammenhang dieser Gespräche sei auch der Bauverein angesprochen worden, ob er Interesse an einer Beteiligung habe – es sei jedoch derzeit noch völlig offen, ob der Bauverein sich an Entwicklungen beteiligen wird; Anlass für die Gespräche sei zunächst ein Interesse an Informationen gewesen.

Derzeit würden noch Gespräche geführt; Entscheidungen / Ergebnisse gibt es nach Aussagen von Herrn Zitterich bisher nicht.

Herr Zitterich bedauert, dass die Kommunikation über die Presse erfolgt sei; in seinen Augen wäre es besser gewesen, wenn der Runde Tisch nach einer generellen Einigung zwischen dem Investor und der Stadt informiert worden wäre.

Aus der Runde wird gefragt, ob eine Umnutzung der Wohngrundstücke zu anderen Zwecken möglich sei.

Herr Schoch erläutert, dass es für den Bereich keinen Bebauungsplan gibt. Wenn es keinen Bebauungsplan gibt, werden Bauanträge nach § 34 BauGB beurteilt – dies bedeutet, dass sie zulässig sind, wenn sie sich in die Umgebung einfügen.

Auf dieser Grundlage wäre eine Bebauung des Blockinnenbereiches nicht möglich; hierzu müsste ein Bebauungsplan aufgestellt werden. Dies erfordert Beschlüsse der politischen Gremien, im Verlauf eines Bauleitplanverfahrens können sich auch die Anlieger beteiligen.

Natürlich habe die Stadt das Ziel, dass das Klinikum sich weiter entwickle, aber auch die Anlieger und die Situation im Groß-Carée seien hierbei zu berücksichtigen sowie die Tatsache, dass sich angrenzend das ehem. MZO-Gelände befinde, das einen städtebaulichen Missstand darstelle und schwierig zu entwickeln sei.

Das Groß-Carée ist nach Einschätzung von Herrn Schoch nicht geeignet, großformatige bauliche Ergänzungen sowie verkehrserzeugende Ergänzungen aufzunehmen; Ziel sei es, großmaßstäbliche Vorhaben auf das MZO Gelände zu lenken und den Blockinnenbereich wohnverträglich zu gestalten.

Es besteht hierbei ggf. auch die Möglichkeit, Fördermittel zu erhalten, um wieder neue Nutzungen auf dem MZO-Gelände zu ermöglichen. Auch die Leistungsfähigkeit der verkehrlichen Erschließung sei zu berücksichtigen.

Diese Themen seien Inhalt der Verhandlungen, die derzeit geführt würden; die bisherigen Vorschläge des Klinikums sind aus Sicht der Stadt nicht akzeptabel – sobald sich eine gute Lösung abzeichne, werde die Politik sowie der Runde Tisch informiert.

Herr Sabath begrüßt die Ausführungen von Herrn Schoch und stellt dar, dass der Innenbereich derzeit verwahrlose, es daher durchaus ein Interesse der Anlieger gebe, dass dort etwas passiere – aber es müsse verträglich sein. Gebäude, die mehr als 2 Geschosse hoch sind, sind in seinen Augen nicht akzeptabel.

Aus der Runde wird die Frage gestellt, ob im Innenbereich des Groß-Carrées Parkplätze hergestellt werden können.

Herr Schoch erläutert, dass auch dies Inhalt der Verhandlungen sei, die vorgeschlagene Lösung mit 300 Parkplätzen im Blockinnenbereich ist seines Erachtens jedoch nicht akzeptabel.

Dies trifft auf breite Zustimmung aus der Runde.

10. Bericht aus dem Sozialausschuss

entfällt

11. Bürgeranfragen

Wiardagang:

Es wird darauf hingewiesen, dass die Schüler derzeit von der Schule z.B. zur Sporthalle durch den Gang das Schulgelände umrunden müssten, da die Querung des Geländes gesperrt worden sei. Es komme immer wieder zu kritischen Situationen zwischen den Schülern und anderen Verkehrsteilnehmern.

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, weshalb die Querung des Schulgelände gesperrt ist.

Winterdienst:

Es wird die Frage gestellt, in welcher Breite der neue Fußweg am Osseweg von Schnee zu räumen sei. Dies regelt die Satzung bzw. Verordnung der Stadt Leer:

(Auszug aus der Straßenreinigungsverordnung):

§ 3 Winterdienst

(1) Bei Schneefall sind Fußgängerüberwege und Gehwege, Radwege sowie gemeinsame Geh- und Radwege mit einer geringeren Breite als 1,50 m ganz, die übrigen mindestens in einer Breite von jeweils 1,50 m freizuhalten. Ist ein Gehweg nicht vorhanden, so ist ein ausreichend breiter Streifen von mindestens 1,00 m neben der Fahrbahn oder, wo ein Seitenraum nicht vorhanden ist, am äußersten Rand der Fahrbahn oder des verkehrsberuhigten Bereiches freizuhalten. In der Fußgängerzone ist - an den jeweiligen Rändern verlaufend - ein ausreichend breiter Streifen von durchgängig mindestens 2,00 m zu räumen. Ist über Nacht Schnee gefallen, muss die Reinigung werktags bis 7.30 Uhr, sonn- und feiertags bis 9.00 Uhr durchgeführt sein.

Gehweg im Bereich MZO

Mannotts weisen darauf hin, dass der Fußweg vor dem ehem. MZO-Gelände (Große Roßbergstraße) stark zugewachsen sei.

Die Verwaltung sagt zu, die Bank anzuschreiben

Gleiches gelte für die Bahnanlagen an der Reimersstraße

Die Verwaltung wird auch die Bahn anschreiben

Straßenzustand – Umleitung Osseweg

Herr Tergast weist darauf hin, dass die Straßen, die während der Baumaßnahme Osseweg als Umleitungsstrecke genutzt wurden, stark in Mitleidenschaft gezogen wurden.

Herr Möse erläutert, dass eine Erneuerung der Straßen in Priorität 2 ggf. noch möglich ist (vgl. TOP 8).

Reimersstraße zwischen Ostermeedlandsweg und Wessel-Onken-Weg

Hier bestehe Pflegebedarf - Dies wird an die Stadtwerke weitergegeben

Weiterhin würden die städtischen Häuser sowie die „Brandruine“ einen heruntergekommenen Eindruck machen; auch der Altkleidercontainer trage zum Eindruck der Verwahrlosung bei.

Herr Diekmann bittet die Verwaltung, am nächsten Runden Tisch darzustellen, ob / welche Handhabe es gebe.

12. Termine

Die nächste Sitzung des Runden Tisches findet am 12. Februar 2013 statt.

Herr Diekmann schließt die Sitzung um 20:15 Uhr